

LEBENDIGE GEMEINDE MÜNCHEN

2020-3	Informationsbrief	Seite
Editorial	<i>Pfarrer Dieter Kuller</i>	2
„Geplagt und niedergeschlagen“	<i>Pfarrer Dieter Kuller</i>	2
Kernauftrag der Kirche	<i>Maile Arnest</i>	5
Strategieänderung zur Stärkung von Familien erforderlich	<i>Bolko v. Bonin</i>	6
Mehr Aufmerksamkeit für die Systemrelevanz der Familie	<i>Hartmut Steeb</i>	8
Was es kostet, Mutter zu sein	<i>Birgit Kelle</i>	9
Flucht beginnt nicht erst im Mittelmeer	<i>Tobias Lehner</i>	10
Nachrichten		11
Kirche		11
„Die Kirche wird immer mehr zu einem beliebigen Sozialverein“		11
Corona: Viele Menschen erwarteten eine vernehmbare Kirche		12
Der „Selbstsäkularisierung“ der Kirche widersetzen		12
Die Kirche muss wieder von der Ewigkeit reden		13
Geistliche Dimension von Kirche ist wichtiger als Zahlen		13
Ökumene		14
Einheit der Kirche: Es fehlt noch ein „tragfähiger Konsens“		14
Post aus Rom		14
Corona-Krise ist eine Chance für die Einheit der Christen		14
Christenverfolgung		15
„Wer Allahs Ehre infrage stellt, darf getötet werden“		15
Ehe und Familie		15
Evangelische Allianz: Gegen Kinderrechte im Grundgesetz		15
Inobhutnahmen: Das Seelenleid der Kinder und Eltern nicht übergehen		16
Hartl kritisiert Benachteiligung häuslicher Kinderbetreuung.....		17
Kita-Auszeit während der Corona-Krise tat vielen Kindern gut		17
Kinder sind schon am Anfang am Ende		18
Kampf für ungeborene Kinder		18
An das Recht des ungeborenen Kindes am eigenen Leben erinnern.....		18
Von der Leiterin einer Abtreibungsklinik zur glühenden Lebensrechtlerin.....		18
Kongress „Leben.Würde“: Über den Lebensschutz informieren		19
Marsch für das Leben“: Jeder Mensch ist einmalig		19
Gender-Ideologie		20
Staatlich geförderte Frühsexualisierung von Kindern		20
Prof. Diringer: Gegen Gender-Zwang an Hochschulen		21
Aufgelesen		22
Gesundheit ist für Christen nicht der absolut höchste Lebenswert		22
Bremer Pastor bezeichnet Latzel-Anhänger als „braunen Mob“		22
„Kurier der Zeit“: Eine Zeitung mit biblischen Schlagzeilen		22
Literaturhinweis, Zum Nachdenken		23
In eigener Sache, Impressum		24

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

seit 9 Monaten hat uns die Corona-Pandemie fest im Griff und nach Meinung vieler Experten wird das auch noch längere Zeit so bleiben. Wir sind nachdenklicher geworden und erkennen unsere Machtlosigkeit. Viele berufliche Existenzen sind in Gefahr oder schon zerstört. Die Menschen haben Angst.

Ich denke an den Monatsspruch für November: „*Gott spricht: Sie werden weinend kommen, aber ich will sie trösten und leiten*“ (Jer 31, 9). Ursprünglich ein Trostwort des Propheten Jeremia für die Heimkehrer aus der babylonischen Gefangenschaft ist das auch für uns als christliche Gemeinde eine Zusage Gottes in schwieriger Zeit. Gott will uns trösten und leiten. Als Beweis sandte er seinen Sohn in unsere Welt, in der vieles im Argen liegt. Auf den folgenden Seiten des InfoBriefes finden Sie wieder positive und negative Beispiele aus dem kirchlichen und gesellschaftlichen Leben. Die Bandbreite reicht vom Kernauftrag bis zur Selbstsäkularisierung der Kirche.

Wenn Sie diesen Brief in Händen haben, bereiten wir uns im Advent auf die Ankunft des Gottessohnes im Stall von Bethlehem vor.

Ich wünsche Ihnen eine gesegnete Advents- und Weihnachtszeit.

Ihr Pfarrer Dieter Kuller

„Geplagt und niedergeschlagen“

Als Jesus predigend und Kranke heilend durch Palästina zog und das Volk sah, „*jamerte es ihn; denn sie waren geängstet und zerstreut wie die Schafe, die keinen Hirten haben.*“ So kennen die meisten von uns diesen Vers aus dem Matthäusevangelium (Mt 9,36). Diese Übersetzung ist aber sehr frei und gibt den griechischen Urtext nur ungenau wieder. Genauer übersetzt lautet der Vers: „*Als Jesus die Volksmenge sah, bekam er Erbarmen mit ihnen, denn sie waren geplagt und niedergeschlagen wie Schafe, die keinen Hirten haben*“ (EKK zum NT I/2 S. 80).

Die angeschlagene Gemeinde

Es ist ein dramatisches Bild von der Gemeinde, das Jesus vor sich sieht: „Geplagt und niedergeschlagen“. Und heute? Wie würde Jesus heute die Situation der Kirche beurteilen? Mehr als 500.000 Menschen sind im vergangenen Jahr aus den beiden großen christlichen Kirchen in Deutschland ausgetreten. Vor allem jüngere Menschen sehen keinen Grund mehr, weshalb sie in der Kirche bleiben und Kirchensteuer zahlen sollen. Oft fehlt es am christlichen Grundwissen. Man muss einmal in die Traueranzeigen großer Tageszeitungen wie etwa der SZ sehen, um den Kahlschlag an religiöser Erziehung zu begreifen. Ganz selten erscheint ein Bibelwort auf der Anzeige, stattdessen mehr oder weniger tiefsinnige Sprüche wie: „Wenn ihr mich sucht, sucht mich in euren Herzen“ oder „Weint nicht, dass es vorbei ist, sondern lächelt, weil es so schön war“. Die Angehörigen, die diese Sprüche auswählen wissen es nicht besser, doch das ist nicht ihre Schuld. Von der Kirche hören und lesen sie viel über das Klimaschutzkonzept und über die Segnung homosexueller Paare, über die Bewahrung der Schöpfung und die notwendige Veränderung der Welt (M. Käßmann und H. Bedford-Strohm „Die Welt verändern“, 293 S. Aufbau Verlag Berlin, 2016). Aber das ist kein Trost, wenn man einen nahen Verwandten verloren hat.

Es ist erstaunlich, dass noch immer viele Menschen ihrer Kirche die Treue halten, unter den Älteren auch solche, die gerne bei dem bleiben möchten, was sie einmal im Religions- und Konfirmandenunterricht gelernt haben. Dazu gehört z. B., dass die Ehe eine Schöpfungsordnung von Gott für Mann und Frau ist (1. Mose 1,27f u. Mt 19,4f)

und „*das Evangelium eine Kraft Gottes, die selig macht alle, die glauben, die Juden zuerst und ebenso die Griechen*“ (Rö 1,16).

Wer sich heute mit seinem Glauben auf die Bibel beruft, landet schnell in der Ecke der Fundamentalisten und ‚Rechtskonservativen‘. So nennt Liane Bednarz in ihrem Buch ‚Die Angstprediger‘ „bibeltreue Protestanten, die die Heilige Schrift zum Teil sehr wörtlich nehmen“ (Drömer 2018, S. 7). Martin Luther gibt den Bibellesern den Rat: „*Wer in der Heiligen Schrift studieren will, soll ja darauf achten, dass er, so gut er immer kann, bei den einfältigen Worten bleibt und nicht davon weiche*“ (WA 24, 19). Wenn jemand diesen Rat Luthers befolgt und bei den „einfältigen Worten“ bleibt läuft er Gefahr in der Schublade der Biblizisten zu landen. Einen entsprechend lautenden Brief habe ich auf eine Eingabe an die Herbstsynode 2016 in Bad Reichenhall erhalten, in dem mir von dem zuständigen Oberkirchenrat bescheinigt wurde, dass meine „biblizistische Bibelauslegung“ jedes historische und kontextuelle Bewusstsein vermissen lässt (s. www.lgm-info.de ⇒ Infobriefe ⇒ 2018-1).

Diese Art und Weise der Beurteilung von Kolleginnen und Kollegen, die grundlegende Bibeltexte so lesen und auch so predigen wie die Worte in der Bibel lauten, hat weitreichende Konsequenzen in unserer Landeskirche: Wer einmal wegen wortgetreuer Bibelauslegung als Fundamentalist und Biblizist eingestuft ist wartet oft vergeblich auf beruflichen Aufstieg und eine Berufung in den Landeskirchenrat steht auf keinen Fall zur Debatte, auch wenn sie oder er gute Noten hat. So steht jede Pfarrerin und jeder Pfarrer der ELKB im Laufe des Dienstlebens vor der Entscheidung, entweder dem Ordinationsgelübde zu folgen und „*als Diener der Kirche Jesu Christi das Evangelium von Jesus Christus, wie es in der Heiligen Schrift gegeben und im Bekenntnis unserer evangelisch-lutherischen Kirche bezeugt ist lauter und rein zu predigen*“ oder unter Anwendung der historisch-kritischen Bibelauslegung sich den Aufstieg in ein kirchliches Leitungsamt offen zu halten.

Eine „zukunftsfähige“ Kirche?

„Geplagt und niedergeschlagen“ sieht Jesus seine Gemeinde. Steigende Austrittszahlen – die EKD rechnet damit, dass sich bis 2060 ihre Mitgliederzahl halbiert – immer weniger Menschen besuchen die Gottesdienste – da muss etwas geschehen. Nach bewährter deutscher Tradition werden zunächst die Gründe für die hohen Austrittszahlen ermittelt. Der EKD-Ratsvorsitzende und bayerische Landesbischof Bedford-Strohm gab dazu eine Studie in Auftrag. Unabhängig davon hat ein „Zukunftsteam“ der EKD elf Leitsätze unter dem Motto „Kirche auf gutem Grund“ vorgelegt als „Basis der Diskussion und Entscheidungsfindung für die Weiterentwicklung der evangelischen Kirche“. Als Leitmotiv steht über dem EKD-Text ein Vers aus dem Dankpsalm Davids: „Hinaus ins Weite“ (2. Sam 22,20). Hatten wir das alles nicht schon einmal? Im Juli 2006 erschien unter dem Titel „Kirche der Freiheit“ ein Impulspapier des Rates der EKD mit Perspektiven für die evangelische Kirche im 21. Jahrhundert. Der damalige Ratsvorsitzende Bischof W. Huber schrieb im Vorwort: „Der Rat der EKD veröffentlicht diesen Text mit der Absicht, eine Diskussion anzuregen, und in der Hoffnung, dass er Auftakt und Antrieb für eine Reformdebatte auf allen kirchlichen Ebenen und Handlungsfeldern wird“. In „12 Leuchtfeuern“ wird auf 109 Seiten beschrieben, wie die „Zukunftsfähigkeit“ der Kirche nachhaltig gefördert werden soll (11. Leuchtfeuer, S. 93). Voraussichtlich wird es den „Elf Leitsätzen“ von 2020 nicht besser ergehen als den „Zwölf Leuchtfeuern“ von 2006: Sie verschwinden „Hinaus ins Weite!“ (2. Sam 22,20). Dabei gibt es eine große Sehnsucht nach spirituellen

Erfahrungen und dementsprechend eine große Auswahl auf dem Markt der religiösen Angebote. „Wir leben in einer Gesellschaft, die von Religiosität, Spiritualität, religiösen Erfahrungen und Kulturen geradezu überschwemmt ist“ (Norbert Scholl ‚Religiös ohne Gott‘, Lambert Schneider Verlag, 2011, S. 36). Viele der Suchenden erwarten eine Antwort auf ihre Sehnsucht nicht mehr von der Kirche, sondern stellen sich ihren Patchwork-Glauben aus verschiedenen religiösen und esoterischen Strömungen zusammen, losgelöst von kirchlichen Dogmen und traditionellen Bekenntnissen.

Was uns bleibt: Die Stimme des guten Hirten

„Geplagt und niedergeschlagen“ – es ist nicht notwendig lange nach den Ursachen für den Niedergang der Kirche zu suchen. Jesus hat die Antwort längst gegeben: „*Sie sind wie die Schafe, die keinen Hirten haben.*“ Es fehlt der Hirte. Doch es fehlt noch mehr: „*Die Ernte ist groß, aber wenige sind der Arbeiter* (Mt 9,37). Die Ernte ist groß sagt Jesus und stellt damit der geplagten und niedergeschlagenen Gemeinde ein positives Bild vor Augen. Jesus verbindet diese Vision mit einem Auftrag: „*Darum bittet den Herrn der Ernte, dass er Arbeiter in seine Ernte sende*“ (Mt 9,38). Jesus sagt das zu den Menschen, die er vor sich sieht und mit denen er Erbarmen hat; er sagt es zu den Jüngern und er sagt es zu uns! Vor die Arbeit stellt Jesus das Gebet, das Gebet um Arbeiter für die Ernte Gottes. Damit stellt er zugleich fest, wer der Auftraggeber ist und in wessen Dienst die Arbeiter stehen. Mit dem „Herrn der Ernte“ meint Jesus selbstverständlich seinen himmlischen Vater. Gott lässt die Ernte heranreifen, auf den Feldern und bei den Menschen, und Gott sucht sich die Arbeiter aus und sendet sie in den Dienst. Diese Bitte, die Jesus uns aufträgt, ist gerade in unserer Zeit besonders wichtig. Wir erleben sehr unterschiedliche Arbeiter und leider auch solche, vor denen schon der Apostel Paulus die Gemeinden gewarnt hat: „*Auch aus eurer Mitte werden Männer aufstehen, die Verkehrtes reden, um die Jünger an sich zu ziehen. Darum seid wachsam!*“ (Apg 20,30). Beides ist das Gebot der Stunde: Das Gebet, dass Gott die Arbeiter sendet, die sein Wort verkündigen, wie es in der Heiligen Schrift steht, und die Wachsamkeit, die auch Jesus seinen Jüngern aufgetragen hat: „*Wachet und betet, dass ihr nicht in Anfechtung fallt!*“ (Mt 26,41).

Eine wichtige Frage ist noch offen: Was ist mit dem Hirten? Wo ist er? In der großen Rede vom guten Hirten sagt Jesus: „*Meine Schafe folgen mir nach; denn sie kennen meine Stimme. Einem Fremden aber folgen sie nicht nach, sondern fliehen vor ihm, denn sie kennen die Stimme der Fremden nicht*“ (Joh 10,4f). Wenn wir dieses Gleichnis Jesu in unsere Zeit übersetzen bedeutet das: Die Stimme des guten Hirten erkennen wir in den Worten Jesu, wie wir sie in der Heiligen Schrift finden. Es ist Gottes Wort. Die Stimme der Fremden ist die historisch-kritische Jesusforschung, die die Gottessohnschaft Jesu und seine Auferstehung leugnet.

Die Kirche ist das irdene Gefäß, in dem wir den Schatz haben, wie der Apostel Paulus schreibt (2. Kor 4,7). Das Gefäß hat viele Mängel und wird verachtet, dennoch enthält es das Wertvollste, was wir haben: Gottes heilsames Wort. Es ist wie bei dem Kind, dessen Geburt wir bald wieder feiern: Die äußeren Zeichen sind denkbar ärmlich, doch wer hier liegt bekennen wir mit Luthers Weihnachtslied (EG 24, 5):

„So merket nun das Zeichen recht: Die Krippe, Windelein so schlecht,
da findet ihr das Kind gelegt, das alle Welt erhält und trägt.“

D. K.

(Netzwerk Bibel & Bekenntnis, NBB)

Kernauftrag der Kirche von Maile Arnest (Auszug)

Statt sich mit dem Mitgliederschwund zu arrangieren, sollte die Kirche Jesu Auftrag erfüllen und missionieren. Seit 2008 bin ich Presbyterin in der Evangelischen Kirche im Rheinland. Seitdem habe ich mich immer wieder gefragt, warum wir so viel Zeit in das Thema Gemeindefusionen investieren, anstatt Wege zu finden, den Mitgliederschwund zu stoppen. Wir müssen Menschen, die der Kirche fernstehen, mit der Frohen Botschaft erreichen. Das ist die Kernaufgabe der Kirche. Laut einer von der EKD in Auftrag gegebenen Studie wird sich die Mitgliederzahl der evangelischen Kirche bis 2060 auf 10,5 Millionen halbieren. Inzwischen ist allen klar, dass etwas unternommen werden muss, um Menschen für die Kirche zu gewinnen. Aber anstatt das zu tun, was Jesus uns aufgetragen hat, nämlich das Evangelium zu predigen, wird auf allerlei andere Weise versucht, die Kirche attraktiver zu machen. Ich plädiere dafür, dass wir als Kirche zu unserer Kernaufgabe zurückkehren.

Die Bibel gilt vielen als nicht zeitgemäß

Es gibt genug Gruppen, die sich um politische und ökologische Themen kümmern. Wer aber soll die gute Nachricht von Jesus Christus zu den Menschen bringen? Anstatt uns nach unserem Herrn zu richten, gehorchen wir anderen Ideologien und schreiben die Bibel als nicht zeitgemäß ab. Das Vertrauen darauf, dass die Heilige Schrift von Gott inspiriert ist, verliert an Akzeptanz, und wir nehmen die stetig schrumpfende Mitgliederzahl als gegeben, ohne in Erwägung zu ziehen, dass die kirchliche Anpassung an den Zeitgeist der Grund dafür sein könnte. So hat die EKD-Synode beschlossen, Muslime und Juden nicht mehr missionieren zu wollen. Dabei hat Jesus doch unmissverständlich gesagt: „Gehet hin und machet zu Jüngern alle Völker“ (Matthäus 28,19). Was haben Petrus und Paulus sich gedacht, als sie ausschließlich Juden missionierten? Für mich ist es unverständlich, dass die Synode den Auftrag Jesu mit dem Hinweis darauf umgeht, dies sei ein innerkirchlicher Befehl!

Rettet auch der Islam?

Wenn die EKD gegen das Missionieren Andersgläubiger ist, stellt sie sich sowohl gegen Jesu Aussage in Johannes 14,6: „Ich bin der Weg und die Wahrheit und das Leben; niemand kommt zum Vater denn durch mich“ als auch gegen die Barmer Theologische Erklärung. In der heißt es: „Wir verwerfen die falsche Lehre, als könne und müsse die Kirche als Quelle ihrer Verkündigung außer und neben diesem einen Worte Gottes auch noch andere Ereignisse und Mächte, Gestalten und Wahrheiten als Gottes Offenbarung anerkennen.“ Ist die Synode der Meinung, dass man durch den Islam Errettung zum ewigen Leben mit Gott erlangen kann? Jesus hätte sich also geirrt?

Menschen sehnen sich nach Heilung

Menschen sehnen sich nach etwas Spirituellem und hoffen, es in der Kirche zu finden. Sie suchen Orientierung, Kraft und Heilung. Wenn sie dort aber nur nette Worte und politische Äußerungen hören, darf es uns nicht wundern, wenn sie ihre spirituellen Bedürfnisse anderswo stillen. Der Artikel ist in voller Länge zu lesen unter

<https://www.bibelundbekenntnis.de/allgemein/hilfeschrei-einer-presbyterin>.

Strategieänderung zur Stärkung von Familien erforderlich

Die von Gott gestiftete, von den biblischen Geboten und irdischen Gesetzen als Kern, Herz und – wie der Corona-Lockdown zeigt - als Stabilitätsanker unserer Gesellschaft geschützte Familie, wird durch gesellschaftliche Entwicklungen sowie durch rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen geschwächt: ⇒ vier Beispiele:

1. Familien leiden unter hoher Abgabenbelastung

In Deutschland ist die Abgabenbelastung von Familien durch Sozialabgaben und Steuern sehr hoch. Als Vergleichsmaßstab für die Abgabenbelastung ihrer Mitglieder veröffentlicht die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) den ‘Steuerkeil’, der die Differenz zwischen den Personalkosten des Arbeitgebers und dem Nettoverdienst des Arbeitnehmers abzgl. staatlicher Sozialleistungen wie z.B. Kindergeld beziffert.

2019 lag der Steuerkeil für eine deutsche Durchschnitts-Familie mit 2 Verdienern und 2 Kindern bei 42,5%. Das ist für diese Konstellation die zweithöchste Belastung nach BEL 44,5% und weit höher als z.B. in JPN 29,7%, USA 24,1%, SUI 16,1%, (Ø OECD 30,5%). Bei Alleinverdienerfamilien/2 Kinder war der Steuerkeil mit 34,3% zwar kleiner - hauptsächlich wegen des Ehegattensplittings (Steuer) und der beitragsfreien Mitversicherung Angehöriger in den ges. Krankenkassen - lag aber ebenfalls erheblich über den entsprechenden Vergleichswerten dieser Länder (Ø OECD 26,4%).

Diese Abgabenlast, zu der noch die verbrauchabhängigen Steuern und Umlagen z.B. auf Umsatz und Energie kommen, drücken besonders schwer Familien, die erhebliche kinderbedingte Ausgaben schultern. Dies und die Lücken in der Altersvorsorge benachteiligen Familien einschneidend und bedingen ein hohes Armutsrisiko besonders für kinderreiche Familien sowie für Alleinerziehende und deren Kinder.

Der Staat ist zwar nicht untätig, handelt aber halbherzig und ambivalent. So ist z.B. das ‘Elterngeld’ als Ersatz für entgangenen Lohn konzipiert. Gerecht wäre die Unterstützung aller Familien unabhängig davon, ob zu Gunsten der Familie auf Erwerbseinkommen verzichtet wird. Denn das Großziehen von Kindern ist eine systemrelevante Leistung, die allen - auch der Bevölkerungsmehrheit ohne Kinder - zugutekommt: unser umlagefinanziertes Sozialsystem benötigt künftige Beitragszahler, und die Wirtschaft, auf der unser Wohlstand basiert, braucht qualifizierten Nachwuchs. (siehe www.lgm-info.de ⇒ InfoBriefe ⇒ 2018-3 „Vom Wert der Familie“ und 2019-3 „Soziale Gerechtigkeit“ - was ist sozial gerecht?).

Unsere Gesellschaft schuldet Eltern nicht Lohnersatz, sondern Lohn für ihre Erziehungsleistung und einen adäquaten Rentenanspruch.

So fordert das ‘Bündnis Familie geht vor!‘: *„Die von Eltern oder Angehörigen geleistete Erziehung von Kindern und die häusliche Pflege pflegebedürftiger Familienmitglieder ist als gleichwertig zur Erwerbsarbeit anzuerkennen.“* Eine Reform, die auf dieser Anerkennung beruht, würde finanzielle Anreize für Familiengründungen setzen und das derzeit damit verbundene Armutsrisiko deutlich senken.

2. Eigene Kinderrechte im Art. 6 des Grundgesetz (GG)

(siehe www.lgm-info.de ⇒ Stellungnahmen ⇒ Kinderrechte in das Grundgesetz?)

Die Justizministerin Christine Lambrecht (SPD) hat einen Gesetzentwurf zur Aufnahme von Kinderrechten in das GG vorgelegt, und zwar ausgerechnet in den Art. 6, der die Familie und das Elternrecht schützt. Ihre Begründung ist, dass damit alle staatlichen Gewalten gezwungen wären, Kinderbelange stärker zu berücksichtigen; das Elternrecht bliebe - so die Ministerin - davon unberührt. Letzteres ist jedoch

illusorisch, denn Kinderrechte im Art. 6 erleichtern es staatlichen Ämtern das Elternrecht auszuhebeln, weil sie dort - direkt mit dem Elternrecht konkurrierend - gegen dieses instrumentalisierbar sind. Es gibt politische Kräfte, die genau das wollen. (siehe www.lgm-info.de ⇒ InfoBrief 2019-2).

Aus der Spannung zwischen staatlichem Anspruch, Elternrecht und Individualrechten resultieren - auch das Kindeswohl massiv beeinträchtigende - Konflikte, wie z.B. das unsägliche „Kentler-Experiment“ in Kooperation mit Jugendämtern zeigt oder der Widerstand von Eltern gegen staatliche Einflussnahme auf die Sexualerziehung u.a. mit praktischen Übungen in Kitas und Schulen (siehe S. 20 „Staatlich geförderte Frühsexualisierung von Kindern; ...“).

Der vorliegende Gesetzentwurf bewirkt - entgegen der Begründung - keinen besseren Schutz der Kinder, denn rechtlich gibt es keine Schutzlücke. Wenn Eltern versagen, hat der Staat schon jetzt die im GG verankerte Pflicht, im Interesse des Kindeswohls einzugreifen. Die Justizministerin gibt selbst zu: *„Mit der Aufnahme von Kinderrechten in das Grundgesetz würden wir lediglich das nachvollziehen, was das Bundesverfassungsgericht längst festgestellt hat.“*

Würde der Entwurf Gesetz, könnte der Staat verstärkt ideologisch motivierten Einfluss auf Erziehungsziele nehmen, zu Lasten des Elternrechts.

Das Elternrecht ist jedoch ein durch historische Erfahrungen begründetes Abwehrrecht gegen staatliche Eingriffe in die Familie. Ernst-Wolfgang Böckenförde (ehem. Verfassungsrichter †2019) konstatierte: *„Der Rechtsstaat zielt stets auf die Begrenzung und Eingrenzung staatlicher Macht im Interesse der Freiheit der Einzelnen.“*

Wenn der Staat durch Änderung des GG wirksamer für Kinderbelange in die Pflicht genommen werden soll, muss dies unter Wahrung des Elternrechts geschehen.

Am wirkungsvollsten wäre es, im Art. 38 GG ein **Wahlrecht für Kinder** zu schaffen, das bis zum Erreichen des Wahlalters von den Eltern wahrgenommen wird. Dies hätte die gebotene Beachtung der Kinderbelange und Familien zur Folge. Wenn Kinderrechte benannt werden sollen, müssen diese auch ungeborene Kinder einschließen. Das könnte statt in Art. 6 z.B. in Art. 2 GG geschehen, der das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, auf Leben und körperliche Unversehrtheit zusichert.

3. Der enthemmte Sexualtrieb

Der Fortpflanzungstrieb ist existenzrelevant und mächtig. Im Laufe der kulturellen Evolution haben die Menschen erkannt, dass es für die Gesundheit und das Gemeinwohl nötig ist, den Sexualtrieb zu zügeln und zu kanalisieren. Schon in der Bibel gibt es dazu Gebote und Verbote - z.B. das 6. Gebot „Du sollst nicht ehebrechen“ und als Gräueltat vor Gott werden in 3.Mose 18 u. 20 bezeichnet und mit Höchststrafe bedroht: Inzest, Sex mit Kindern (auch 1.Kor), gleichgeschlechtlicher Sex (auch Ri 19, Röm 1, 1.Kor, 1.Tim), sowie Sex mit Tieren. Das gilt i.W. auch heute (noch) – mit Ausnahme von gleichgeschlechtlichem Sex, den die EKD nicht mehr als Gräueltat bewerten mag.

Die Ehe mit den sie begleitenden Geboten und schützenden Gesetzen sowie die damit einhergehende soziale Kontrolle haben den Sexualtrieb leidlich eingehegt. Die „sexuelle Revolution“ seit Ende der 1960er Jahre führte jedoch mit dem Slogan „Befreiung zur Lust“ dazu, dass Viele meinen, ihre sexuellen Begierden hemmungslos ausleben zu dürfen. Die Folgen sind eine Zunahme des entsetzlichen Missbrauchs von Kindern, von Ehebruch, von Pornographie und das „Bordell Deutschland“ (Der Spiegel). In diesen Kontext gehören auch die massenhafte Tötung ungeborener Menschen und

die vielen Ehescheidungen mit leidvollen Konsequenzen für die Partner und für deren Kinder, die dadurch auch psychisch folgens schwer belastet werden.

Die Grünen sind die politische Speerspitze dieser Entwicklung, die bei uns - politisch korrekt - weitgehend toleriert wird.

Wir - Gesellschaft und Staat müssen das zersetzende Potential dieser Entwicklung erkennen und ihr entschlossen entgegenwirken.

4. „Ehe für alle“ (siehe www.lgm-info.de ⇒ Stellungnahmen ⇒ Ehe für alle)

Gott hat Mann und Frau geschaffen und in der Ehe zusammengefügt (Mt 19; u. A.). Auch unser Grundgesetz schützt mit Art. 6 Ehe und Familie. Dass die Ehe aus Mann und Frau besteht, war für die Verfasser des GG zweifelsfrei und das Bundesverfassungsgericht (BVG) hat dies mehrfach bestätigt. So hat es z.B. noch 2002 im Urteil über das Gesetz betr. gleichgeschlechtliche Partnerschaften eindeutig erklärt (79): *„Allerdings kann die Ehe nur mit einem Partner des jeweils anderen Geschlechts geschlossen werden, da ihr als Wesensmerkmal die Verschiedengeschlechtlichkeit der Partner innewohnt. Art. 6 Abs.1 GG fordere einen klaren Abstand zwischen der Rechtsform der Ehe und der einer Lebenspartnerschaft.“*

Auch wenn es in einer freien Gesellschaft möglich sein muss, anders zu leben als die Mehrheit, ist begrifflich - und wenn für das Kindeswohl nötig auch inhaltlich - zu unterscheiden zwischen

- der Ehe von Mann und Frau, die in der Lage sind Kinder zu zeugen - unverzichtbar für den Fortbestand und das Wohlergehen der Gesellschaft und
- Partnerkonstellationen, die biologisch dazu nicht in der Lage sind.

Unterschiedliche Sachverhalte verschieden zu benennen, ist nicht diskriminierend und das BVG hat eine Unterscheidung sogar gefordert (s.o.).

Es geht aber auch grundsätzlich darum, ob es erlaubt ist, einen Begriff des GG (z.B. Würde, Leben, **Ehe**, Eigentum) durch einfaches Gesetz umzudefinieren, oder ob es dazu einer verfassungsändernden Zweidrittelmehrheit des Bundestages bedarf - damit das GG nicht vom Fundament zur Rutschbahn mutiert!

Es ist daher dringend geboten, den Schnellschuss des Bundestages „Ehe für alle“ (30.6.2017) durch ein Normenkontrollverfahren verfassungsrechtlich überprüfen zu lassen. Berechtigt hierzu sind die Bundesregierung, die Landesregierungen oder ein Viertel der Mitglieder des Bundestages. Ohne Druck der Wähler wird sich wohl keines dieser Staatsorgane dazu aufraffen – nicht einmal die zuvor dazu neigende Bayer. Staatsregierung; Ministerpräsident Markus Söder: *Die Ablehnung der gleichgeschlechtlichen Ehe sei „rückständig“ und „falsch“* (Tagespost 26.7.2020). vB

(ideaSpektrum) **Mehr Aufmerksamkeit für die Systemrelevanz der Familie**

Ein Kommentar von Hartmut Steeb (gekürzt),

Wenn die außerfamiliäre Kinderbetreuung und wenn die Schule nicht mehr funktionieren, dann ist das Elternhaus dran. Dann spielt es eine sehr große Rolle, ob Kinder ein gutes Zuhause in der Familie haben, ob Familie im besten Sinne des Wortes funktioniert, also ihre Funktion wahrnehmen kann, als die kleinste, elementarste und wichtigste Zelle, auch für die gesamte Gesellschaft.

In die Familie investieren

In den letzten Jahrzehnten ging es in der sogenannten Familienpolitik hauptsächlich um die Förderung außerfamiliärer Berufsarbeit. Deshalb hat der Staat ganz einseitig außerfamiliäre Kinderbetreuung, Ganztagesbetreuung und Ganztageschulen subventioniert. Wer aber auf Dauer auf eine gesunde krisenfeste Gesellschaftsstruktur setzt,

tut gut daran, in die Familie selbst zu investieren. Sie braucht wirkliche Wahlfreiheit und Gleichberechtigung: gleiche Subventionierung der Familien, wenn sie selbst für die Betreuung aufkommen wollen. Wer hauptberuflich seine Kinder selbst erziehen will, verdient für diese Hochleistung ein ordentliches Gehalt. Sie sind nicht „nichtberufstätig“, sondern arbeiten zu Hause in der wichtigsten Werkstatt einer gelingenden Zukunft. So würden zudem auch noch die geknickten Erwerbsbiografien hauptamtlicher Eltern bis hin zu den Folgen der Altersarmut nachhaltig verändert.

Das Kindergeld ist kein Geschenk

Das Kindergeld ist kein Geschenk des Staates. Es wird mit der Steuer verrechnet. Wer über ein steuerpflichtiges Familieneinkommen von über 90.000 Euro jährlich verfügt, hat als Folge des Kinderfreibetrags mehr als das Kindergeld. Übrigens wird dabei auch deutlich, dass der Gesellschaft Kinder immer noch nicht gleich viel wert sind wie Erwachsene. Für sie werden 9.168 Euro jährlich als steuerfreien Grundfreibetrag angesetzt, für Kinder nur 7.812 Euro. Es ist dringend nötig, auch in materiellen Fragen die Gleichberechtigung der Kinder zu vollenden.

(ideaSpektrum)

Was es kostet, Mutter zu sein

ein Kommentar der vierfachen Mutter Birgit Kelle

Kürzlich erreichte uns die Botschaft der Bertelsmann-Stiftung, das Mutterdasein „koste ein Vermögen“! Als brauchten Millionen von Frauen für diese Erkenntnis tatsächlich eine Studie. Laut Berechnung verliert die Mutter eines Kindes im Vergleich zu einer kinderlosen Frau 40% ihres „Lebenserwerbseinkommens“, bei drei Kindern sind es gar 70%. Ich habe vier Kinder, bin also allein schon rein statistisch völlig erledigt. Wieder einmal eine Studie zum Übel der Mutterschaft, ihrer Kosten und was nun dringend zu tun sei, um das Problem Mutterschaft in den Griff zu bekommen. Damit Mütter gar nicht erst auf den Gedanken kommen, sich das verlorene Geld mit gewonnenem Glück schönzureden, schiebt der Soziologe Martin Schröder aus Marburg hinterher, dass Kinder keine messbaren Pluspunkte bei der Zufriedenheit bringen.

Mütter als „inaktive“ Arbeitskräfte: Ökonomen bezeichnen nicht berufstätige Frauen als „Inaktivitätsquote“. Wir kennen das schon aus dem feministischen Jargon: Mütter zu Hause arbeiten ja nicht. Bertelsmann empfiehlt nun zur Behebung der Misere das Ehegattensplitting abschaffen, damit kein Anreiz da ist, inaktiv zu bleiben, mehr Fremdbetreuung vor allem im Ganztage und damit mehr Vollzeitberufstätigkeit bei Müttern. Die Fremdbetreuungskosten der Kinder erwirtschaften die Frauen mit ihren Steuern dann praktischerweise auch gleich selbst.

Das ist Augenschere: Der sogenannte „Gender Pay Gap“ (Einkommenslücke zwischen den Geschlechtern) verläuft in unserer Gesellschaft nicht mehr zwischen Frauen und Männern, sondern in Wahrheit zwischen Menschen mit und jenen ohne Kinder. Zwischen jenen, die selbst erziehen, und jenen, die erziehen lassen.

Das Familienministerium nennt die Doppeleinkommen-Familien-WG mit Kind „partnerschaftlich“ und modern. Ich nenne es Augenschere. Zielvorgabe ist nicht, Mutterschaft zu ermöglichen, sondern Mütter in ein Leben zu drängen, in dem möglichst nicht erkennbar ist, dass sie Mütter sind, und in dem sie die finanzielle Misere der Mutterschaft gefälligst selbst beseitigen sollen, während ihre Kinder die Renten fremder Menschen erwirtschaften. Was man in Berlin Mütterpolitik nennt, ist in Wahrheit nur ein umfangreich formuliertes: „Selbst schuld“. Mit Verlaub, aber dafür haben wir bereits die Ökonomen, die Soziologen und die Feministinnen. Aus einem Familienministerium erwarte ich als Mutter mehr!

(Paneuropa Deutschland)

Flucht beginnt nicht erst im Mittelmeer von Tobias Lehner (gekürzt)

Wo Religionsfreiheit missachtet und unterdrückt wird, werden es andere Menschenrechte auch. Der Missbrauch religiöser Motive für machtpolitische Auseinandersetzungen ist weltweit eine häufige Ursache für Flucht und Vertreibung. Mit einem wirksamen Einsatz für weltweite Religionsfreiheit als einem grundlegenden Menschenrecht verteidigt die Europäische Union nicht nur einen ihrer wichtigsten Werte, sondern beugt auch provozierten Fluchtbewegungen vor.

In vielen Ländern der Welt ist Religionsfreiheit der Prüfstein für Menschenrechte. Wo sie mit Füßen getreten wird, werden es andere Menschenrechte auch. Und das hat unmittelbare Auswirkungen auf die Europäische Union: Wo religiös aufgeheizte Konflikte wachsen, wächst auch der Druck zur Migration.

Mit Sorge blickt das weltweite katholische Hilfswerk „Kirche in Not“ auf die Entwicklung in den Ländern der Sahelzone. Nirgendwo sonst auf dem afrikanischen Kontinent haben islamistische Terrorgruppen ihren mörderischen Radius in jüngster Zeit mehr ausweiten können. Der französische Islamwissenschaftler Olivier Hanne sagte im Gespräch mit „Kirche in Not“: „Ich fürchte, dass sich in den kommenden fünf Jahren die Expansion der Terror-Einheiten fortsetzen wird. Die Staaten der Sahelzone brauchen die Hilfe des Westens, sonst kommt es zu einer Katastrophe.“

Christen und Muslime haben in den Ländern der Sahelzone bislang weitgehend konfliktfrei zusammengelebt. Ein "Krieg der Religionen" solle entfesselt werden, vermuten Beobachter, um dabei von den weiteren Beweggründen abzulenken: Es geht um Bodenschätze, Waffen- und Drogenschmuggel- und die politische Kontrolle über die ganze Region. Und Europa schaut zu?

Die „Amputation“ christlicher Präsenz, humanitärer Versorgung und des friedlichen Miteinanders der Religionen zu verhindern, dazu ist die EU in den Ländern der Sahelzone aufgerufen. Flucht beginnt nicht erst im Mittelmeer - und Religionsfreiheit endet nicht an den EU-Außengrenzen. Vier Momentaufnahmen:

Burkina Faso eine Million Vertriebene

Seit 5 Jahren erlebt Burkina Faso einen Terroranschlag nach dem anderen. Mitte Mai berichteten lokale Ansprechpartner dem Hilfswerk, dass im Norden und Osten des Landes ganze Dörfer unbewohnt oder von der Außenwelt abgeschnitten seien wegen anhaltender terroristischer Anschläge. Besonders prekär ist die Lage in der Stadt Djibo nahe der Grenze zu Mali. Die Stadt ist seit Januar von Terroristen umzingelt.

Nigeria - Tägliches Martyrium

"Unsere Priesteramtskandidaten müssen damit rechnen, als Märtyrer zu sterben". sagte Habila Daboh, Leiter des Priesterseminars von Kaduna in Zentralnigeria. Entführungen, Morde und Anschläge sind in Nigeria an der Tagesordnung: Im Norden des Landes treibt weiterhin Boko Haram sein Unwesen.

Im "Middle Belt", der Zentralregion Nigerias, häufen sich die Übergriffe der Fulani-Nomaden, Diese Viehhirten treiben ihre Tiere auch auf beackerte Flächen. Wenn die Ackerbauern dagegen protestieren und sich wehren, eskalieren diese Konflikte oft.

Die Fulani sind mehrheitlich Muslime, die Bauern im „Middle Belt“ gehören dagegen oft zu kleinen ethnischen Minderheiten, viele von ihnen sind Christen.

Niger - Angst

In Niger haben die Auseinandersetzungen um die islamkritischen Karikaturen in der französischen Zeitschrift "Charlie Hebdo" im Jahr 2015 zu einer Gewaltwelle geführt.

Damals wurden 45 Kirchen angegriffen und niedergebrannt. Hinter der Eskalation vermuteten lokale Beobachter den Versuch oppositioneller Kräfte, das Land zu destabilisieren und die Regierung zu stürzen. "Die Christen waren der Sündenbock", erklärte Bischof Ambroise Ouédraogo aus Maradi.

Fluchtursachen in Eritrea

Mitte Juni 2019 warf eine Aktion der eritreischen Regierung ein grelles Licht auf die schlimme Situation der Christen in Eritrea: Soldaten beschlagnahmten von der eritreisch-katholischen Kirche geführte Kliniken und Arztstationen. Die Patienten seien „regelrecht aus den Betten geworfen worden“, berichtete ein Gesprächspartner an „Kirche in Not“. Anders als in anderen Ländern der Sahelzone ist in Eritrea nicht ein extremer Islamismus Triebfeder der Verfolgung: Das Land ist eine Diktatur atheistischer Prägung. Eine Verfassung mit Garantie der Religionsfreiheit wurde zwar ausgearbeitet, ist aber bis heute nicht in Kraft getreten.

Die Entwicklungen in Eritrea beantworten manche Frage danach, warum so viele junge Menschen die gefährliche Flucht nach Europa auf sich nehmen.

Nachrichten

Kirche

(idea) **„Die Kirche wird immer mehr zu einem beliebigen Sozialverein“**

Für die wachsende Zahl der Austritte aus der evangelischen Kirche ist nach Ansicht des Theologieprofessors Udo Schnelle vor allem „die theologisch-politische Ausrichtung der EKD“ verantwortlich, was Bischöfe aber hartnäckig leugneten oder ignorierten. Die Kirche orientiere sich „seit Jahren nur noch an Themen aus dem linken Politikspektrum, die fast ungefiltert übernommen werden“, schreibt er in einem Leserbrief in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

Dazu zählten Flüchtlingsfrage, Genderpolitik, Gerechtigkeit auf allen sozialen und politischen Ebenen, Klimafrage, Globalisierung und vieles mehr. Diese Fragen seien überaus wichtig und bedürften mehr denn je einer Lösung, „aber die kann nur die politische Vernunft herbeiführen“. Die Kirche habe auf diesen Feldern kein Spezialwissen, auch wenn sie immer wieder versuche, ihre moralische Überlegenheit zu demonstrieren, etwa in der Flüchtlingsfrage.

Schnelle: „So wird die Kirche immer mehr zu einem beliebigen Sozialverein, der einzelne Gruppeninteressen bedient, dessen Konturen unscharf sind und dessen Botschaft sich von Parteislogans nicht mehr wirklich unterscheidet.“ Das Diesseits sei der einzige Bezugspunkt geworden, „und von hier erhofft man das Überleben“. Das sei ein „fataler Irrtum“, denn im Christentum gehörten Diesseits und Jenseits untrennbar zusammen, „denn es ist Gottes Welt, die er in Jesus Christus erlöst hat“.

Auferstehung Jesu Christi von den Toten wird nicht mehr ernst genommen

Schnelle zufolge droht der evangelischen Kirche ein Verlust ihrer Identität, weil die Ethik an die Stelle der Metaphysik getreten sei. Von der befreienden und heilenden Kraft des Glaubens werde nur noch in politischen und nicht mehr in geistlich-theologischen Zusammenhängen gesprochen.

Vor allem aber werde die Auferstehung Jesu Christi von den Toten nicht mehr ernst genommen. Die Kirche verleugne ihre Grundlage und ihr Zentrum, wenn sie ihre Glaubensinhalte beliebig mache und das Christliche ausschließlich in der Begründung bestimmter ethischer Verhaltensweisen sehe. Dafür reiche jedoch jede Form von Humanismus aus. Das Christentum brauche man dafür nicht.

Im vergangenen Jahr sind nach Angaben der EKD rund 270.000 Personen aus den Landeskirchen ausgetreten. Als Gründe für Kirchenaustritte nennt Schnelle unter anderem den demographischen Wandel, den allgemeinen Akzeptanzverlust von Großorganisationen, die zunehmende Individualisierung, den Plausibilitätsverlust des christlichen Weltbildes und den Missbrauchsskandal

(idea) Corona: Viele Menschen erwarteten eine vernehmbare Kirche

Altbischof Huber: Das Evangelium ist existenzrelevant – aber nicht systemrelevant.

Viele Menschen haben das Gefühl, dass sich die Kirchen in der Corona-Krise zu still verhalten haben. Diese Ansicht vertrat der frühere EKD-Ratsvorsitzende, Altbischof Wolfgang Huber, gegenüber der Wochenzeitung „Die Kirche“. Er äußerte sich zu der Kritik der früheren thüringischen Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU) an den Kirchen. Die evangelische Theologin hatte im Mai in einem Interview mit der Tageszeitung „Die Welt“ unter anderem gesagt, die Kirche habe in der Corona-Krise „Hunderttausende Menschen alleingelassen – Kranke, Einsame, Alte, Sterbende“. Huber sagte, die Vorwürfe seien Verallgemeinerungen, die nicht durch Fakten gedeckt seien, aber sie zeigten, dass viele Menschen die Kirchen als „so schweigsam“ wahrgenommen hätten. „Viele Menschen erwarteten aber eine vernehmbare Kirche“, so Huber. Sie hätte sich zum Beispiel klar dagegen aussprechen müssen, dass durch die Kontaktbeschränkungen in Alten- und Pflegeheimen auch die Besuche enger Verwandter unterbunden worden seien. Die Kirche könne aus der Debatte lernen, „Anwalt derer zu sein, auf die niemand achtet, weil alle so fixiert sind auf das Thema Corona“.

Was „systemrelevant“ meint

Weiter sagte der Altbischof, es sei falsch, darüber zu diskutieren, ob die Kirche „systemrelevant“ sei. Mit diesem Begriff würden Einrichtungen bezeichnet, ohne die „die materielle Struktur der Gesellschaft kollabiert“, also beispielsweise die Bereiche Energie, Ernährung oder das Gesundheitswesen. Dazu gehörten Seelsorge und die Verkündigung des Evangeliums nicht. Bei ihnen gehe es um die Freiheit für Religion und Glauben. „Die Kirche, das Evangelium sind nicht systemrelevant, sondern existenzrelevant. Das haben wir deutlich zu machen.

(idea) Der „Selbstsäkularisierung“ der Kirche widersetzen

Der am 3.8.2015 gegründete Bekenntniskreis Baden will auch weiter als Korrektiv innerhalb der Evangelischen Landeskirche in Baden wirken. Das erklärten mehrere Mitglieder gegenüber idea anlässlich des fünften Jahrestages.

Entstanden war die Vereinigung, als in der badischen Landeskirche über die kirchliche Trauung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften diskutiert wurde. Im April 2016 wurde diese von der Landessynode beschlossen.

Der Religionswissenschaftler Horst Fix sagte idea, dass es notwendig sei, sich der „Selbstsäkularisierung“ der Kirche zu widersetzen. Diese zeige sich beispielsweise in der Befürwortung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften als „Ehe“, in zivilreligiösem Denken, in der Vielfalts- oder Gender-Ideologie oder im Umgang mit dem Islam.

Dieser sei eine „politische Religion“, die nach Herrschaft strebe. Die Kirchenleitung scheine jedoch den Anspruch Jesu Christi, der einzige Weg zu Gott zu sein, aufgegeben zu haben. „Wir aber bekennen uns weiterhin voller Zuversicht zu Jesus Christus als dem einzigen Weg zur Erlösung. Und wir bemühen uns darum, diese rettende Botschaft unverfälscht allen Menschen weiterzugeben.“

Hierbei wisse man sich im Einklang mit Jesu Wort (Matthäus 10,32): „Wer nun mich bekennt vor den Menschen, zu dem will auch ich mich bekennen vor meinem Vater im

Himmel.“ Es könne nicht angehen, den Dialog mit dem Islam über das Bekenntnis zu Jesus Christus zu stellen.

(idea) Die Kirche muss wieder von der Ewigkeit reden

Viele Menschen treten aus der evangelischen Kirche aus, weil sie nur noch eine innerweltliche Botschaft verbreitet. Diese Ansicht vertritt einer der bekanntesten Pastoren Deutschlands, Uwe Holmer in einem Offenen Brief an den EKD-Ratsvorsitzenden, Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm.

Die evangelische Kirche sei „selber schuld“ an der hohen Zahl von Kirchenaustritten, weil sie „die ihr aufgetragene Botschaft verraten“ habe, schrieb der Ruhestandspfarrer. Sie sage den Menschen nicht mehr, wie man in den Himmel kommen könne. „Dadurch macht sie sich letztlich überflüssig. Die Mehrheit der ausgetretenen Gemeindeglieder ist an ihrer Kirche verzweifelt“, so Holmer. Viele Pfarrer und sogar Bischöfe orientierten sich heute an einer „extremen Bibelkritik“, nach der die Wunder und die Auferstehung Jesu Christi reine Mythen seien. Deshalb predigten sie nur noch einen „gnadenlosen Moralismus“.

Die Aufgabe der Kirche sei aber, den Menschen die Botschaft von der Vergebung der Sünden zu bringen. Er selbst habe in seinem jahrzehntelangen Dienst als Pfarrer oft erlebt, wie die Sündenvergebung „Menschenherzen getroffen und sie zu frohen Jüngern Jesu gemacht“ habe. „Solche Menschen denken nicht im Entferntesten daran, ihre Kirche zu verlassen.“ Weiter schrieb Holmer: „Eine Kirche, die nichts von der Ewigkeit predigt, hat nichts Wesentliches mehr zu sagen.“ Wenn Kirchenvertreter die Auferstehung Jesu leugneten, nähmen sie den Menschen in der letzten Lebensphase die Hoffnung.

Uwe Holmer erlangte 1990 international Bekanntheit, als er zweieinhalb Monate Gastgeber des obdachlos gewordenen Ex-DDR-Staatschefs Erich Honecker und dessen Frau Margot war.

(LGM auf Basis der Presseerklärung von Landeskirche und ABC)

Geistliche Dimension von Kirche ist wichtiger als Zahlen

Vertreter von Bayer. Landeskirchenrat und ABC sprechen über kirchliche Reformprozesse Die aktuelle Diskussion um die Weiterentwicklung der evang. Kirche angesichts sinkender Mitgliederzahlen stand im Mittelpunkt eines Gesprächs von Vertretern des Landeskirchenrats und des Arbeitskreises Bekennender Christen in Bayern (ABC). Der ABC-Vorsitzende Dekan Till Roth legte dazu ein Thesenpapier vor, in dem er den weithin verbreiteten empirischen Blick auf die Kirche beklagte: Wenn sich der Fokus auf Mitgliederzahlen und Maßnahmen zur „Mitgliederbindung“ und damit auf menschliche Aktivitäten richte, würde die geistliche Bedeutung der Kirche vernachlässigt, so Roth. Im aktuellen EKD-Text „Kirche auf gutem Grund“ mit seinen elf Leitsätzen werde zwar im Vorwort auch von einer „Glaubenskrise“ gesprochen, im weiteren Text dominierten aber strukturelle Fragen.

Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm dankte für den Impuls und betonte, dass kirchliche Entwicklungsprozesse wie „Profil und Konzentration“ (PuK) in Bayern oder die gerade in der EKD diskutierten Leitsätze ihren tiefen Sinn in der Stärkung des geistlichen Profils hätten. Die empirische Kirche müsse sich immer an der geglaubten Kirche messen lassen. Gerade in stürmischen Zeiten, so der Landesbischof unter Hinweis auf die biblische Geschichte von der Sturmstillung, bestehe die Hauptaufgabe

der Kirche darin, auf Jesus zu schauen und ihm zu vertrauen. Er kündigte an, dass der EKD-Text in diesem Sinn nachgeschärft werde.

Als Alternative oder Ergänzung zu den bestehenden Kirchenentwicklungsprozessen schlug ABC-Sprecher Hans-Joachim Vieweger einen Diskussionsprozess zum Thema „Einfach vom Glauben reden“ vor. Ein Impuls von landeskirchlicher Seite könne die vielfach zu beobachtende Sprachlosigkeit in Glaubensfragen aufgreifen. Landesbischof Bedford-Strohm wünschte dem ABC für den anstehenden Christustag Bayern am 3. Oktober Gottes Segen.

Am Gespräch nahmen für den Landeskirchenrat teil: Landesbischof Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm und die Oberkirchenräte Stefan Blumtritt, Christian Kopp, Michael Martin und Klaus Stiegler. Für den ABC: Dekan Till Roth, Pfr. i.R. Dieter Kuller und die früheren Landessynodalen Herta Küßwetter, Horst Eichner und Hans-Joachim Vieweger. Sprecher des ABC Bayern.

Im ABC sind rund 20 kirchliche Gemeinschaften, Verbände und Werke zusammengeschlossen – darunter auch die Lebendige Gemeinde München.

Ökumene

(idea) **Einheit der Kirche: Es fehlt noch ein „tragfähiger Konsens“**

Der Schweizer Kurienkardinal Kurt Koch gilt als der „Chefökumeniker des Papstes“. Jetzt hat sich der 70-Jährige zum Stand der kirchlichen Einheitsbemühungen geäußert. Anlass ist das 60-jährige Bestehen des Päpstlichen Rates zur Förderung der Einheit der Christen, der am 5. Juni 1960 gegründet wurde. Koch steht seit zehn Jahren an der Spitze des Rates.

Wie er gegenüber dem Nachrichtenportal „Vatican News“ sagte, wurden dank zahlreicher kirchlicher Begegnungen und Dialoge „viele positive Früchte geerntet“. Das eigentliche Ziel der Ökumenischen Bewegung habe man allerdings noch nicht erreichen können, nämlich die Wiederherstellung der Einheit der Kirche. Von daher liege heute eine der großen Herausforderungen darin, „dass über dieses Ziel der Ökumene noch kein wirklich tragfähiger Konsens besteht“.

Man sei „sich einig über das Dass der Einheit, noch nicht aber über ihr Wie.“

(SZ) **Post aus Rom**

Der Vorsitzende der Deutschen (kath.) Bischofskonferenz Georg Bätzing hatte für den Ökumenischen Kirchentag vom 12. bis 16. Mai 2021 in Frankfurt/M gegenseitige Abendmahls-Einladungen von Katholiken und Protestanten in Aussicht gestellt. Zuvor hatten sich evang und kath. Theologen im ökumenischen Arbeitskreis dafür ausgesprochen. Doch im September kam das Stopp-Zeichen von der Glaubenskongregation aus Rom: Die Unterschiede im Eucharistieverständnis seien „noch so gewichtig“, dass sie eine Teilnahme katholischer und evangelischer Christen an der Feier der jeweils anderen Konfession derzeit ausschließen. Kardinal Kurt Koch bestätigte, dass dies eine „ernste inhaltliche Auseinandersetzung“ sei.

(idea) **Corona-Krise ist eine Chance für die Einheit der Christen**

Diese Ansicht vertrat der Missionsleiter von Campus für Christus Schweiz und Deutschland, Andreas Boppert (Zürich), am Pfingstsonntag in einer Predigt zur Pfingstjugendkonferenz des Forums Wiedenest. Über 4.000 Zuschauer verfolgten die Veranstaltung per Livestream im Internet.

Die Krise könne zu einem „neuen Miteinander“ der Christen führen, sagte Boppert. Dafür müssten sie erkennen, dass Jesus Christus als das gemeinsam tragende Funda-

ment wichtiger sei als die Unterschiede zwischen Gruppen und Konfessionen. Oft führe Rechthaberei dazu, dass Christen sich gegenseitig lieblos behandelten. Jesus habe aber nicht geboten: „Versuch mit ganzem Herzen, mit ganzer Seele und ganzem Verstand Recht zu haben!“, sondern mit ganzer Kraft zu lieben (Mk 12,29-31).

„Wenn wir nicht die gleiche Meinung haben, müssen wir uns nicht gegenseitig hassen und bekämpfen“, so Boppart. Die bedingungslose Liebe, die Jesus vorgelebt habe, müsse die Grundlage für den Umgang von Christen miteinander sein. Auf dieser Grundlage könne es auch möglich sein, unterschiedliche Meinungen auszutauschen und einander zu ermahnen.

Viele Unterschiede zwischen Gemeinden und Denominationen hätten in Wirklichkeit nicht theologische, sondern kulturelle Ursachen. Deswegen sollten Christen sich immer wieder fragen, welche traditionellen Vorstellungen noch „Frucht bringen“, und welche nur dem Miteinander mit anderen Christen im Weg stünden.

Christenverfolgung

(idea u.A.) **„Wer Allahs Ehre infrage stellt, darf getötet werden“**

Das pakistanische Blasphemiegesetz sieht die Todesstrafe für Missachtung des Propheten Mohammed vor. Weltbekannt ist der Fall der zum Tode verurteilten Christin Asia Bibi, die nach jahrelanger Haft in der Todeszelle auf internationalen Druck ausreisen durfte.

Wenn man in Pakistan jemanden aus dem Weg räumen wolle, müsse man ihn nur der Blasphemie bezichtigen, so eine Rechtsanwältin. Ihr Klient, der Journalistikstudent Mashal Khan, wurde von einem Lynchmob in Peschawar so lange mit Holzlatten geschlagen, bis er starb. In einem Facebook-Aufruf wurde ihm Blasphemie vorgeworfen. Tatsächlich hatte er jedoch gegen das Missmanagement der Universitätsleitung sowie gegen überhöhte Studiengebühren protestiert.

In einer Dokumentation „Blasphemie – Pakistans tödliches Gesetz“ wird gezeigt, wie der islamische Geistliche, Imam Khadim Hussain Rizvi, zu Hass und Gewalt aufsteht und dabei von seinen Anhängern wie ein Heiliger verehrt wird. Bei einer Demonstration der TLP, einer dschihadistischen Partei in Pakistan, skandiert eine große aufgeputschte Menge: „Wir sind hier, um Köpfe abschneiden zu lassen.“ Rizvi, Parteiführer der TLP, erklärt, wer den Propheten Mohammed beleidige, begehe Blasphemie und „Wer Allahs Ehre infrage stellt, darf getötet werden.“ Ein Moslem, der zu Blasphemie schweigt, verwerke sein Existenzrecht. Für die TLP sind das Blasphemiegesetz sowie die Einführung der Scharia zentrale Wahlkampf-Themen.

Das tödliche Blasphemiegesetz ist ein Willkürparagraf, der als Machtinstrument von Islamisten erbittert verteidigt wird. Derzeit warten in Pakistan 17 Menschen auf ihre Hinrichtung wegen „Gotteslästerung“.

Ehe und Familie

(idea) **Evangelische Allianz: Gegen Kinderrechte im Grundgesetz**

Die Deutsche Evangelische Allianz hat sich gegen die Aufnahme von eigenen Kinderrechten ins Grundgesetz ausgesprochen. Das geht aus einer Pressemitteilung des evangelikalen Dachverbandes hervor.

Darin heißt es, Kinder seien bereits jetzt „umfänglich Grundrechtsträger“. Die Aufnahme gesonderter Kinderrechte sei deshalb „reine Symbolpolitik“. Die Politik sei stattdessen aufgefordert, für die Wahrung der bestehenden Rechte von Kindern zu

sorgen. „Eine Armutsgefährdungsquote von rund 20% bei Kindern, bei weiterhin ungleich verteilten Entwicklungs- und Bildungschancen sowie die jährlich steigende Zahl von Kindeswohlgefährdungen zeigen: Kinder brauchen auch in Deutschland besseren Schutz.“

Weiter heißt es in der Pressemitteilung, die Aufnahme eigener Kinderrechte im Grundgesetz dürfe nicht dazu führen, dass das vorrangige Erziehungsrecht der Eltern ausgehöhlt werde. „Es gilt weiterhin, dass Eltern in der Grundtendenz besser als der Staat wissen, was für ihr Kind gut ist.“

Die Allianz plädiere außerdem dafür, Familienfreundlichkeit und Generationengerechtigkeit als Staatsziele in der Verfassung zu verankern. Außerdem solle ein Wahlrecht für Kinder eingeführt werden, dass bis zum Erreichen des Wahlalters treuhänderisch durch die Eltern ausgeübt werde. Für die tatsächliche Verbesserung der Situation von Kindern und Familien sei wichtig, dass sie bei Wahlen entsprechendes Gewicht hätten, erklärte die Allianz zur Begründung.

(idea) **Inobhutnahmen: Das Seelenleid der Kinder und Eltern nicht übergehen**

Vor einer zu schnellen Herausnahme von Kindern aus ihren Familien wegen möglicher Kindeswohlgefährdung warnen Juristen und Soziologen in einem Beitrag in der Welt am Sonntag vom 21. Juni. Die aktuellste verfügbare Statistik ist von 2018. In dem Jahr gab es 40.379 Inobhutnahmen wegen akuter Kindeswohlgefährdung.

Laut dem Familienrechtsanwalt Rainer werden Kinder oft aus ihren Familien gerissen, weil die Eltern nach Meinung der Jugendämter überfordert oder nicht erziehungsgerecht seien. Die Kindeswohlgefährdung sei aber eine „Kaugummiformulierung“, mit der sich nahezu alles begründen lasse.

Meist vergingen bis zu acht Wochen, bis ein Gericht die Entscheidung eines Jugendamtes überprüft, und mehrere Monate, bis ein Sachverständiger sein Gutachten erstellt habe. Das hat schwerwiegende Folgen: „Ausnahmslos alle Kinder reagieren auf das plötzliche Herausgerissenwerden aus ihrem gewohnten Umfeld mit einer schweren Traumatisierung.“

Der Soziologe und frühere Leiter der Abteilung Kinder- und Jugendhilfe der Hamburger Sozialbehörde, Wolfgang Hammer, hat 42 Fälle aus sechs Bundesländern untersucht. Als Grund für die Inobhutnahmen sei in diesen Fällen nicht Gewalt oder Vernachlässigung angegeben worden, sondern eine „symbiotische Mutter-Kind-Beziehung“. Das sei ein in der Psychologie und Psychiatrie „höchst umstrittenes Konstrukt“, so Hammer. Nachdem ein Gutachter sich eingehend damit beschäftigt habe, sei in fast allen Fällen die Kindesentziehung nach Monaten aufgehoben worden. Die Kinder seien dann aber bereits traumatisiert gewesen. Sie hätten Essstörungen gehabt, aggressives Verhalten gezeigt, manche hätten sogar mit Selbstmord gedroht.

Die Familienrechtsanwältin Knack-Wichmann beklagt, dass es in den vergangenen 20 Jahren zunehmend mehr Inobhutnahmen „aus nichtigen Gründen“ gegeben habe. „Oft werden Behauptungen des Jugendamtes gar nicht mehr überprüft. Das bedeute, dass ein Sachbearbeiter des Jugendamtes nichts zu befürchten habe, wenn er zu drastischen Mitteln gegriffen und dabei Fehler gemacht habe. Das Seelenleid der Kinder und Eltern hingegen werde von vielen Familiengerichten übergangen, Knack-Wichmann fordert mehr Rechte für die Eltern und dass jeder Einzelfall von unabhängigen Psychologen geprüft wird.

Anwälte und Experten kritisieren zudem laut der Sonntagszeitung, dass die Vertreter der Heime in einem Verfahren in einer Doppelrolle aufträten. Ein Heimplatz bringe

ihnen durchschnittlich 73.000 Euro im Jahr. Weniger Kinder bedeuteten weniger Einnahmen. Dennoch würden die Aussagen des Heimpersonals vor Gericht oft gewertet, als hätten unabhängige Gutachter gesprochen.

(idea) Hartl kritisiert Benachteiligung häuslicher Kinderbetreuung

In Deutschland gibt es eine einseitige politische Förderung des Lebensmodells der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Mütter, die für ihre Kinder zu Hause bleiben, müssen hingegen mit finanziellen Einbußen rechnen. Das kritisiert der Gründer und Leiter des Gebetshauses Augsburg, Johannes Hartl im Interview mit idea.

Demnach komme der Steuerzahler bzw. der Staat zwar für die Kosten des Kitaplatzes auf, die Betreuung daheim aber müssten die Eltern selbst finanzieren. „Ich empfinde es als eine Ungerechtigkeit, dass Kitaplätze – also jemand anderes betreut mein Kind – finanziell gefördert werden; wenn sich aber die Mutter entscheidet, ihr eigenes Kind zu betreuen, dann wird das finanziell nicht gefördert“, so der vierfache Vater. Ihm zufolge muss es einem Staat aus entwicklungspsychologischer und bindungstheoretischer Sicht mindestens genauso recht sein, wenn ein Elternteil für sein Kind jahrelang zu Hause bleibe. Denn die frühesten Monate und Jahre zählten zu den verletzlichsten und wichtigsten Lebensphasen. „Sie zu schützen und ihnen den optimalen Halt zu geben, dass Menschen gut gedeihen können, das müsste für eine Gesellschaft eine ganz hohe Priorität sein“, so der Theologe.

(idea) Kita-Auszeit während der Corona-Krise tat vielen Kindern gut

Vielen Kindern hat die Kita-Auszeit während der Corona-Krise gutgetan. Davon ist der Kinderarzt Rainer Böhm überzeugt. Wie der Leitende Arzt am Sozialpädiatrischen Zentrum des Evangelischen Klinikums Bethel der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ sagte, haben viele Familien die weggefallenen Pflichttermine sowie die größere Ruhe und Selbstbestimmung im Tagesablauf als sehr positiv erlebt: „Dieses permanente Gefühl des ‚Auf-Kante-genäht-Seins‘ ist eine erhebliche Belastung für Kinder und Eltern. Die neue Freiheit, die plötzlich da war, hat sich vielfach positiv ausgewirkt.“

Vor allem für kleine Kinder unter drei Jahren bedeutet die Zeit in der Kita einen „enormen Stress“: „Die Kinder kommen heute zu früh in die Betreuungseinrichtungen und sie verbringen dort zu viel Zeit.“ Es habe sich vieles in eine ungünstige Richtung entwickelt: „Der kindliche Alltag wird sehr stark aus den Familien herausverlagert.“ Die wichtigsten Bindungspersonen seien in den ersten Jahren die Eltern: „Erst ab drei Jahren sind Kinder eigentlich offen für diese Art von Gruppenbetreuung und nicht mehr so stark auf die familiäre Bindungssicherheit angewiesen.“

Doch der „politische Mainstream“ gehe derzeit aber in eine andere Richtung. Es sei sehr schwierig, trotz wissenschaftlicher Befunde ein Umsteuern einzufordern. „Gerade bauen wir in Deutschland die Ganztagsbetreuung in zweifelhafter Qualität für Kinder jeden Alters aus. Das freut zwar die Wirtschaft, ist aber für Kinder und Familien das schlechteste, was wir tun können.“

Eine Langzeitstudie in Kanada habe die negativen Folgen der Kita-Ganztagsbetreuung gezeigt. Frühzeitig fremdbetreute Kinder seien ängstlicher, aggressiver und impulsiver gewesen. Als Erwachsene seien sie häufiger straffällig geworden. In Deutschland gebe es eine solche Studie nicht. Böhm: „Aber ich erfahre auch im Gespräch mit Grundschullehrern, dass sich die Kinder verändert haben. Sie sind lauter, aggressiver und deutlich schwieriger anzuleiten im Unterricht.“

(ideaSpektrum) **Kinder sind schon am Anfang am Ende**

Laut einer aktuellen Studie der Bertelsmann Stiftung werden 74% der 1,7 Millionen Kita-Kinder nicht optimal betreut. Eine Fachkraft im Kindergarten (3 bis 6 Jahre) muss knapp 9 Kinder beaufsichtigen. Die Empfehlung lautet 7,5. Im U3-Bereich wären 3 Kinder pro Erzieher wünschenswert, derzeit sind es 4,2. Auch die Gruppengröße entspreche nicht den wissenschaftlichen Vorgaben, beklagen die Autoren der Studie. Bei Krippenkindern sollten nicht mehr als 12 und bei den Älteren nicht mehr als 18 Kinder zusammen sein. Rund die Hälfte aller Gruppen ist jedoch größer.

Kindeswohlgefährdung

Der nun überall auf dramatische Weise sichtbar werdende Erziehermangel und die überfüllten Kitas nennt Stock eine „Kindeswohlgefährdung“. Die Kinder werden mehr oder weniger verwahrt, bis sie von den Eltern abgeholt werden. „In der Praxis sind außerdem viele Erzieherinnen krank. Deshalb sind die realen Zahlen noch viel dramatischer“, sagt er. Durch die Corona-Krise fehlt nun zusätzlich das ältere Personal, das als Risikopatienten nicht mehr eingesetzt werden kann.

Kampf für ungeborene Kinder

(idea) An das **Recht des ungeborenen Kindes am eigenen Leben erinnern**

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Alexander Krauß hat die Arbeit der Lebensrechtsgruppen gewürdigt. „Es ist gut, dass Lebensrechtsvereine immer wieder an das Recht des ungeborenen Kindes am eigenen Leben erinnern“, sagte er bei einer Gesprächsrunde zum Thema „Nur Mut – Jedes Leben zählt!“ mit dem Evangelischen Arbeitskreis (EAK) Erzgebirge in Lauter-Bernsbach. Der Christdemokrat ging auf eine Studie des Bundesgesundheitsministeriums ein. Sie soll in den nächsten drei Jahren untersuchen, welche gesundheitlichen Folgen eine Abtreibung für Frauen hat. „SPD, Linke, Grüne und FDP fürchten diese Studie wie der Teufel das Weihwasser“, so Krauß. „Offensichtlich befürchten die Gegner der Studie, dass eine Abtreibung doch nicht so harmlos für die Psyche der Frau ist, wie immer suggeriert wird.“ So bereuten viele Betroffene die Entscheidung zur Abtreibung. Im Blick auf die von der SPD durchgesetzte Neuregelung, dass die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung eine Liste mit Abtreibungsärzten anlegt, sprach Krauß von einem „Pyrrhussieg“. So halte sich die Zahl der Ärzte, die auf dieser Liste stehen wollten, in Grenzen:

(idea) **Von der Leiterin einer Abtreibungsklinik zur glühenden Lebensrechtlerin**

Ein Spielfilm aus den USA soll in Deutschland neu das Bewusstsein dafür wecken, das Leben ungeborener Kinder besser zu schützen. Die Premiere für die deutsche Synchronfassung von „Unplanned“ fand am 3. Sept. im Kino „Cinestar“ in Fulda statt. Der 106-minütige Film erzählt die wahre Geschichte der heute 40-jährigen Abby Johnson (Houston/Texas). Als Mitarbeiterin der Organisation „Planned Parenthood“ stieg sie bis zur Leiterin einer Abtreibungsklinik in Bryan (Texas) auf. Nachdem sie im Herbst 2009 bei einer Abtreibung assistierte und auf dem Ultraschallbild sah, wie ein ungeborenes Kind aus dem Mutterleib abgesaugt und zerstückelt wird, kündigte sie und wurde zur Abtreibungsgegnerin.

Der Film war in den USA ein großer Erfolg – trotz heftiger Kritik in den Medien und Bombendrohungen militanter Abtreibungsbefürworter. Er spielte nach der Premiere am 29. März 2019 an den Kinokassen rund 20 Millionen Dollar ein.

Laut den Produzenten Chuck Konzelmann und Cary Solomon hatte die „Propaganda“ gegen den Film einen Werbeeffekt, den sie mit eigenem Budget nicht hätten erzielen

können. Doch wichtiger sei etwas anderes: Über 500 Mitarbeiter hätten in den Abtreibungskliniken gekündigt, nachdem sie den Film gesehen hätten, und übten heute eine andere Tätigkeit aus.

Steeb: Grundproblem – das Muttersein wird nicht geachtet

Der Vorsitzende des Treffens Christlicher Lebensrecht-Gruppen, Hartmut Steeb bezeichnete es als Grundproblem, dass die Aufgabe des Mutterseins nicht geachtet werde. Er sei davon überzeugt: „Mütter sind die Hochleistungsträger der Gesellschaft.“ Er hoffe sehr, so Steeb, dass der Film zum Nachdenken anrege.

Der Film ist als DVD oder Blu-Ray Disc im Handel. Die Stiftung „Ja zum Leben“ hat die deutsche Synchronfassung finanziert. Laut der BVL-Vorsitzenden Linder sind Kinobetreiber bisher wegen möglicher Proteste zurückhaltend, den Film zu zeigen. Sie ermunterte dazu, ihn in Gemeinden und Kirchen vorzuführen.

(idea) Kongress „Leben.Würde“: Über den Lebensschutz informieren

Das hat es so noch nie gegeben: Über 40 Lebensrechtsorganisationen, (Frei-)Kirchen sowie christliche Werke und Medien haben sich zusammengeschlossen, um den bislang größten Kongress in Deutschland zum Schutz des Lebens zu veranstalten. Er ist ökumenisch ausgerichtet, steht unter dem Titel „Leben.Würde 2021“ und findet vom 12. bis 14. März 2021 im Christlichen Gästezentrum „Schönblick“ in Schwäbisch Gmünd statt. Veranstalter sind der Bundesverband Lebensrecht, der „Schönblick“, idea und die katholische Wochenzeitung „Die Tagespost“. Neben mehreren Plenumsveranstaltungen gibt es 29 Fachseminare. Im Abschlussgottesdienst werden ein Vertreter der katholischen Kirche und der frühere Bischof im Sprengel Mecklenburg und Pommern der Nordkirche, Hans-Jürgen Abromeit, predigen.

Zielgruppe des Kongresses sind sowohl Mitarbeiter in Lebensrechtsgruppen als auch alle, die an dem Thema Lebensschutz interessiert sind. Der Kongress will Lebensrechtler vernetzen, über aktuelle Debatten informieren, Initiativen zum Handeln aufzeigen und in Seminaren konkrete Tipps geben, wie die Teilnehmer auch in ihrem eigenen Alltag das Recht auf Leben unterstützen und Lebensschützer sein können.

Die Schirmherrschaft haben der katholische Passauer Bischof Dr. Stefan Oster, die ehemalige Thüringer Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU) übernommen.

(idea) „Marsch für das Leben“: Jeder Mensch ist einmalig

Der Berliner Erzbischof Heiner Koch hat beim „Marsch für das Leben“ in Berlin die Einmaligkeit jedes Menschen hervorgehoben. Er sagte am 19. Sept. im ökumenischen Abschlussgottesdienst vor dem Brandenburger Tor, dass kein Mensch eine Kopie sei. Deshalb setze man sich für das Lebensrecht eines jeden Menschen ein. Da könnten keine Grenzen gezogen werden: „Weder vor der Geburt noch am Ende des Lebens.“

Veranstalter des Marsches ist der Bundesverband Lebensrecht, ein Zusammenschluss von 13 Organisationen. Nach seinen Angaben beteiligten sich an der überparteilichen und ökumenischen Kundgebung knapp 3.500 Personen unter Wahrung der Corona-Abstandsregeln und mit Masken. Im Vorjahr waren es rund 8.000 Teilnehmer.

Die Gegner demonstrierten wieder schrill und gotteslästerlich mit den üblichen Parolen wie z.B. „Hätte Maria abgetrieben, wäret ihr uns erspart geblieben“; sie konnten von der Polizei aber in Schach gehalten werden.

Singhammer: Auch ungeborene Kinder sind Teil der Schöpfung

Der frühere Bundestagsvizepräsident Johannes Singhammer (CSU) sagte, dass der Mensch die Krönung der Schöpfung sei. Wer diese schützen wolle, könne auch das ungeborene Leben nicht ausschließen: „Kinder sind immer Teil der Schöpfung: Die

geborenen und die ungeborenen.“ An die Gegendemonstranten gewandt sagte er, dass das Eintreten für den Schutz des Lebens nichts mit Hass und Hetze zu tun habe, sondern Versöhnung und Frieden bedeute.

Zahlreiche katholische Bischöfe schickten Grußworte

Im Vorfeld hatte der Vorsitzende der (katholischen) Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Georg Bätzing im Namen der Bischofskonferenz ein Grußwort an die Teilnehmer geschickt. Ebenso grüßten die Erzbischöfe Ludwig Schick, Hans-Josef Becker, Stephan Burger und Stefan Heße sowie die Bischöfe Helmut Dieser, Stefan Oster und Karl-Heinz Wiesemann. Der Apostolische Nuntius, Erzbischof Nikola Eterović übermittelte die Grüße von Papst Franziskus.

Geringe Unterstützung der evangelischen Landeskirchen

Gering fiel hingegen die Unterstützung der Evangelischen Kirche in Deutschland aus. Die EKD beteiligte sich nicht mit einem Grußwort an der Demonstration.

Wenn es um Themen wie Klimaschutz, Seenotrettung und Moria geht, befinden sich die Landeskirchen fast in einem Überbietungswettbewerb, wer mehr und schneller reagiert. Wenn es um 100.000 jährlich getötete ungeborene Kinder allein in Deutschland geht, herrscht Schweigen.

Grußworte schickten aber die evangelischen Landesbischöfe Frank Otfried July und Tobias Bilz der sich gemeinsam mit dem katholischen Bischof von Dresden-Meißen, Heinrich Timmerevers, äußerte. Auch der frühere Bischof im Sprengel Mecklenburg und Pommern der Nordkirche, Hans-Jürgen Abromeit schickte Grüße wie auch hochrangige Vertreter der Freikirchen und evangelikaler Verbände.

Gender-Ideologie

(iDAF/LGM) Staatlich geförderte Frühsexualisierung von Kindern

das „Kentler-Experiment“ (zusammenfassend bearbeitet)

Die Bundeszentrale für Gesundheitliche Aufklärung (BZgA, eine Bundesoberbehörde im Bundesministerium für Gesundheit) fördert die Frühsexualisierung von Kindern. Ihnen werden von klein auf „sexuelle Bedürfnisse“ zugeschrieben, die sie ausleben müssten. Sie sollen ihren Erkenntnis- und Forscherdrang miteinander auch sexuell körperlich erfahren und ausdrücken können.

Obwohl die skandalöse Broschüre „Körper, Liebe, Doktorspiele“ seinerzeit zurückgezogen werden musste, vertreibt die BZgA weiter entsprechendes Material - so seit 2017 die Kindergartenbox "Entdecken, schauen, fühlen!". Sie enthält neben anderen Medien und Spielen auch die Puppen „Lutz“ (mit Hoden und Penis) und „Linda“ (mit Vagina). In der Anleitung wird den Erzieherinnen geraten, die Hosen der Puppen versehentlich herunter rutschen zu lassen damit Kinder deren Genitalien „entdecken“ und „fühlen“ können.

In einer Broschüre der Diakonie Deutschland „Geschlechtervielfalt ist (k)ein neues Thema - Informationen für Eltern“ werden wir aufgeklärt, dass sich schon kleine Kinder für „Hetero-, Homo- und Bisexualität“ und andere Formen der „sexuellen Orientierung“ interessieren würden.

Begleitet von der rheinland-pfälzischen Staatsministerin für Bildung wurde anlässlich des 30. Jahrestages der UN-Kinderrechtskonvention im Nov. 2019 das Buch „Demokratiepädagogik in Kindertageseinrichtungen“ vorgestellt. Dazu wird erklärt, dass man schon ganz kleinen Kindern demokratische Werte durch „Partizipation“ vorleben, und sie deshalb vor dem Naseputzen oder Wickeln erst fragen müsse.

Da viele Eltern solche Ansichten als abwegig ignorieren, soll nun ihr in Art. 6 GG verbrieftes Erziehungsrecht durch Kinderrechte „ergänzt“ und so ausgehebelt werden. Auch Jugendämter sind in die sexualisierte Pädagogik involviert. Dies zeigt ein aktuelles Forschungsprojekt zum Berliner „Kentler-Experiment“, das den sexuellen Missbrauch an jugendlichen Pflegekindern durch ihre Pflegepersonen im Zusammenhang mit der Kinder- und Jugendhilfe Berlin untersucht hat. Diese Studie kommt zu dem Ergebnis, dass der Psychologe und Sexualwissenschaftler Helmut Kentler in Zusammenarbeit mit Berliner Jugendämtern jahrzehntelang Kinder und Jugendliche an vorbestrafte pädophile Pflegeväter vermittelt hat. Dass diese Männer mit den Kindern Sex haben wollten, war Kentler klar - er wollte untersuchen, ob die Jugendlichen durch diese Männer sozial gefestigt würden. Tatsache ist, dass Kinder dadurch schwere psychische Schäden erlitten haben.

Die Kinder seien vom Land Berlin auch an Pflegestellen oder Einrichtungen in Westdeutschland vermittelt worden. Es habe ein weitreichendes Netzwerk „quer durch wissenschaftliche pädagogische Einrichtungen und die Senatsverwaltung bis hinein in einzelne Berliner Bezirksjugendämter gegeben, in dem pädophile Positionen akzeptiert, gestützt und verteidigt wurden“.

In ihrem Fazit erklären die Wissenschaftler, es handle sich um **„Kindeswohlgefährdung in öffentlicher Verantwortung“**.

Kommentar:

Kentler's „emanzipatorische Sexualpädagogik“ ist Basis für die heute in Kitas und Schulen angewandte „Sexualpädagogik der Vielfalt“. Diese heikle Pädagogik muss für den Regelbetrieb an öffentlichen Erziehungseinrichtungen verboten werden. (s. www.demofueralle.blog/2020/08/04/paedophilenaktivist-kentler-begruender-der-heutigen-sexualpaedagogik/).

Das Heranführen von Kindern an den Umgang mit Sexualität ist nicht Sache von Kitas, Schulen oder ideologiegeleiteten Ämtern, sondern die der Eltern, die am besten beurteilen können, wann die Kinder dafür reif sind und wie das sensibel und altersgerecht geschieht.

vB

(idea) **Prof. Diringer: Gegen Gender-Zwang an Hochschulen**

Hinter der Forderung nach gegenderter Sprache steckt eine Ideologie. Davon ist der Leiter der Forschungsstelle für Arbeitsrecht an der Hochschule Ludwigsburg, Prof. Arnd Diringer, überzeugt. Er äußerte sich in einer Kolumne in der „Welt am Sonntag“ (30.8.) unter der Überschrift „Gender-Zwang an Hochschulen“.

Diringer bezog sich unter anderem auf einen Studenten aus Baden-Württemberg, der in seiner ingenieurwissenschaftlichen Bachelorarbeit gendern musste, da diese sonst nicht akzeptiert worden wäre. Das Gendern von Texten sei mit einem immensen zeitlichen Aufwand verbunden und die Verständlichkeit leide massiv, so Diringer: „Mit den Regeln der deutschen Grammatik und Rechtschreibung sind Gendersternchen und Co. nicht vereinbar.“ Er verweist auf den Sprachwissenschaftler Prof. Peter Eisenberg, der die Nutzung des Gendersternchens im staatlichen Bereich 2018 in einem Interview als „Unterwerfungsgeste“ bezeichnete hatte.

Ferner habe der Fachanwalt für Verwaltungsrecht, Fiete Kalscheuer dargelegt, dass „solche Vorgaben nur aufgrund von Satzungen ergehen dürfen, für die die Hochschulen der Ermächtigung des parlamentarischen Gesetzgebers bedürfen“. Durch solche Gender-Vorgaben werde, so Diringer, massiv in Grundrechte eingegriffen – von der

Berufsfreiheit bis zur Freiheit der Lehre. Eine Rechtfertigung dafür gebe es nicht. Rechtlich spreche viel gegen die Zulässigkeit eines „Gender-Zwangs“.

Wie die Lösung an Hochschulen aussehen könnte

Diringer schlägt in dem Beitrag eine Lösung vor: „Man stellt den Studenten einfach frei, ob sie ihre Arbeiten nach den Regeln der deutschen Grammatik und Rechtschreibung verfassen oder sie ‚durchgendern‘.“ Wenn - wie es die Befürworter behaupteten - ein großes gesellschaftliches Bedürfnis nach gegenderter Sprache bestehe, würden sehr viele Studenten diese verwenden.

„Handelt es sich bei den Verfechtern der Gender-Ideologie, wie ihre Gegner oftmals behaupten, nur um eine kleine radikale Minderheit, werden es sehr wenige sein.“ Angst vor Freiwilligkeit müssten nur diejenigen haben, die das Ergebnis fürchteten: „Aber genau deshalb wird wohl auf Zwang gesetzt.“

Aufgelesen

(ideaSpektrum) Gesundheit ist für Christen nicht der absolut höchste Lebenswert

Diese Ansicht vertritt das Vorstandsmitglied des Lutherischen Konvents im Rheinland Pfarrer Wolfgang Sickinger auf der Facebook-Seite des Konvents. Er kritisiert die Aussage des EKD-Ratsvorsitzenden, Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm, der in einer EKD-Pressemitteilung erklärt hatte, der Schutz des Lebens stehe „für die Kirchen auch in der Corona-Krise an erster Stelle“. Das sei „für sich genommen falsch“. Die Kirchen hätten „weder die Macht noch die Möglichkeiten, das Leben umfassend zu schützen“. Ihre Aufgabe sei vor allem, das Evangelium zu verkünden.

Jeder vernünftige Mensch achte auf seine Gesundheit und sei dankbar für sie, aber für Christen sei die Beziehung zum dreieinigen Gott und die Geborgenheit im Glauben wichtiger. So sei Luther trotz anderslautender Aufforderungen in Wittenberg geblieben, als dort 1527 die Pest ausbrach, und habe weiter seinen Dienst als Seelsorger und Lehrer der Theologie getan.

Der Lutherische Konvent im Rheinland wurde 1936 als Opposition gegen die nationalsozialistischen „Deutschen Christen“ gegründet. lutherkonvent.ekir.de

(idea/LGM) Bremer Pastor bezeichnet Latzel-Anhänger als „braunen Mob“

Als Reaktion auf die umstrittenen - längst berichtigten - Äußerungen des Bremer Pastors Olaf Latzel über Homosexuelle in einem Ehe-Seminar, hat der Bremer Pastor Bernd Klingbeil-Jahr, am 6 Juli in der Sendung „buten un binnen“ von Radio Bremen die vielen Anhänger Latzels verunglimpft „als Leute, die wollen eine andere Kirche und eine andere Gesellschaft“. Es handele sich dabei um „ein Mischfeld aus christlichen Fundamentalisten und Faschisten“. „Aus diesem braunen Mob“ heraus würden Aktionen geplant und durchgeführt.

Das ist Volksverhetzung, und es wundert nicht, dass bei diesem Umgangston unter Pastoren auch treue Glieder an unserer Kirche zweifeln und ihr scharenweise den Rücken kehren.

(idea) „Kurier der Zeit“: Eine Zeitung mit biblischen Schlagzeilen

Ein ungewöhnliches missionarisches Medienprojekt hat ein Ehepaar aus Süddeutschland gestartet: Es formulierte Berichte aus dem Neuen Testament wie aktuelle Meldungen in Tageszeitungen. Anschließend ließen sie diese gemeinsam mit dem jeweiligen Bibeltext in Zeitungsformat drucken.

Der „Kurier der Zeit“ hat 16 Seiten und eine Auflage von 10.000 Exemplaren, Die Idee zu dem Projekt habe seine Ehefrau Melanie gehabt. Der Bericht über das erste

Wunder Jesu, nämlich die Verwandlung von Wasser in Wein, trägt beim „Kurier der Zeit“ die Schlagzeile „Happy Hour“. Darunter versteht man in der Gastronomie einige ausgewählte Zeiten, in denen Getränke besonders günstig angeboten werden. Der Bericht über den Jünger Petrus, der Jesus auf dem Wasser entgegenläuft, hat die Überschrift: „Neue Sportart: Wasserlaufen“.

Wie Casni weiter erläuterte, haben er und seine Frau das Projekt komplett aus der eigenen Tasche finanziert. Man wolle mit der Zeitung vor allem jene Orte ausstatten, an denen sich viele Menschen aufhielten – etwa Wartezimmer in Arztpraxen oder die Abfertigungshallen von Flughäfen. Aber auch in Gästetoiletten in Privathaushalten könne das Blatt, für das ebenso eine Zeitungsstange zum Aufhängen erhältlich ist, einen geeigneten Ort finden.

Den Leitartikel für das Blatt hat der stellvertretende Chefredakteur der „Bild“-Zeitung, Daniel Böcking (Berlin), verfasst: „Mich als christlichen Journalisten hat die Idee begeistert, Inhalte unseres Glaubens in ein Zeitungsformat zu gießen.“ In dem Text beschreibt er, wie er selbst 2010 Christ geworden ist: Beim Lesen der Bibel sei er perplex gewesen, wie aktuell die Ratschläge waren, die er dort gefunden habe. Böcking appelliert an die Leser, „der Bibel eine Chance zu geben“.

Casni ist Inhaber einer Medienagentur. Er und seine Ehefrau gehören zur 250 Mitglieder zählenden unabhängigen Freikirche „Treffpunkt Leben Ditzingen“. Auch deren Pastoren haben Texte zur Zeitung beigesteuert.

Literaturhinweis

idea ist eine unabhängige evangelische Nachrichtenagentur, die dazu beitragen möchte, engagierte Christen über Ereignisse und Entwicklungen in der christlichen Welt zu informieren, die für ihr Christsein bedeutsam sind und möchte dabei auch eine Brücke bauen zwischen Christen verschiedener Prägungen.

Das Nachrichtenmagazin *ideaSpektrum* erscheint wöchentlich (48 Hefte im Jahr) und liefert aktuelle Informationen, Reportagen und Hintergrundberichte. *ideaSpektrum* wird auf dem Postweg zugestellt und kostet **monatlich (inkl. Versandkosten innerhalb Deutschlands)**:

€ 10,45 im Heft-Abo (gedruckte Ausgabe)

€ 7,50 im Digital-Abo (E-Paper, App für Tablet-PC und Smartphone)

€ 11,45 im AboPlus (Heft und digitale Ausgabe)

Ermäßigte Preise für Schüler, Studenten usw. auf Anfrage

Sie können *ideaSpektrum* **kostenlos** jetzt **drei Wochen** gratis testen.

Informationen und Bestellungen sind telefonisch oder per E-Mail/Internet möglich:

(06441) 915 – 0 / aboservice@idea.de / www.idea.de

Zum Nachdenken

Positiv denken bedeutet nicht, dass man immer glücklich sein muss. Aber es bedeutet, dass man auch in schweren Tagen weiß, dass es wieder bessere und großartige Tage geben wird. Ohne schwere Zeiten würden wir die guten Zeiten nicht schätzen.

Abs. Lebendige Gemeinde München e.V.
p.a. Pfr. Dieter Kuller
Grünwalder Str. 103 c, 81547 München
www.lgm-info.de

Wir danken den Freunden, die mit ihren Spenden z.T. seit vielen Jahren die Herausgabe des InfoBriefes ermöglichen, und damit einen für Viele wichtigen Dienst in unserer Kirche unterstützen.

Deutsche Post

Anrede
 Titel
 Vorname, Name
 Straße
 PLZ Ort

In eigener Sache

Wofür wir arbeiten:

Die „Lebendige Gemeinde“ wendet sich an evangelische Christen, die sich nach wie vor an das biblische Zeugnis im reformatorischen Verständnis gebunden wissen.

Sie will die Meinungsbildung fördern, den Mut zur Verantwortung stärken und der Resignation entgegenwirken.

Die „Lebendige Gemeinde“ will dazu beitragen, dass Jesus Christus die alleinige Mitte der Kirche bleibt.

Sie tritt ein für:

- eine Rückbesinnung auf die biblische Heilsbotschaft von Kreuz und Auferstehung

Sie wehrt daher:

- der Reduzierung und Umdeutung der biblischen Botschaft
- einem uferlosen Pluralismus im kirchlichen Bereich
- der Vermischung von Bekenntnisaussagen mit wechselnden Ansichten moderner Zeitströmungen

Impressum

Die Informationsbriefe werden von der als gemeinnützig anerkannten LEBENDIGE GEMEINDE MÜNCHEN e.V. herausgegeben.

ViSdP Pfr. Dieter Kuller, Grünwalder Str. 103 c, 81547 München, Tel. 089/591029, Fax 089/45 24 06 84; eMail: lgm-mail@gmx.de; Internet: www.lgm-info.de

Unsere Bankverbindung: Evangelische Bank eG BIC: GENODEF1EK1, IBAN: DE93520604100003403904 (Überweisungsträger in der Mitte des Heftes).

Bis € 200 genügt der Überweisungsbeleg/Zahlschein als steuerlich absetzbare Zuwendungsbestätigung; ab € 100 erhalten Sie bei Angabe Ihrer vollständigen Anschrift unaufgefordert eine gesonderte Zuwendungsbestätigung.

Druck: Die Ausdrucker UG, München, Internet: www.dieausdrucker.de

Der InfoBrief kann bei Pfarrer Dieter Kuller kostenlos nachbestellt werden.